



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Zeitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

### Noch keine Entscheidung.

Mit den Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Reichstarifs für das Hilfspersonal im Buchdruckgewerbe geht es nur langsam vorwärts. Die Unternehmer sind hartnäckig und wollen durchaus keine Regelung, die das gesamte Reichsgebiet umfasst. Sie lehnen sich nach der Zeit, da die sogenannten Allgemeinen Bestimmungen die Grundlage für drückende Tarife waren, wieder juristisch. Mit einfachen Mantelbestimmungen, die aber nur da Gesetz werden sollen, wo man sich auch über die Lohnhöhe einigen kann, ist uns nicht gedient. In den Großstädten werden die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen nur dann eine tarifliche Bindung eingehen, wenn sie die Gewähr haben, daß auch in kleinen Orten und Betrieben das Hilfspersonal nach tariflich geregelten Verhältnissen arbeitet und entlohnt wird. Der Widerstand auf Unternehmerseite kommt bei diesem Tarifstreit aus den Provinzorten. Weil dort das Hilfspersonal zahlenmäßig nicht kräftig genug ist, um die Unternehmer zu zwingen, wollen diese die günstige Gelegenheit für ein gutes Geschäft nicht verpassen. Der ganze Tarifstreit ist eine Lohnfreiheit, was sonst noch drum und dran hängt, ist kaum der Erwähnung wert.

Was soll man sonst von den Redensarten halten, die sich die Unternehmer bei den Verhandlungen gefallen lassen. Der Begriff Hilfsarbeiter sei ein schwankender, nur in großen Betrieben könne man von Hilfsarbeitern sprechen, in mittleren und kleinen nicht. Was die Vertreter des DBV, da sagen, glauben sie doch selbst nicht. Sie würden herzlich lachen, wenn wir ihnen Glauben schenken würden. Warum denn erst so viele Worte machen, die keinen Wert haben und nur ein Drehen und Winden um die wahren Gründe gegen eine reichsterritoriale Bindung sind. Die Entlohnung des Hilfspersonal ist es doch, die die beherrschende Stellung der Unternehmer erklärt. Man darf bei solchen Verhandlungen den Sinn für Humor nicht verlieren und muß dankbar für jeden Witz sein. So haben unsere Vertreter das gelassen ausgesprochene Wort auch nur ausgesagt, daß die Lohnfrage von sekundärer Bedeutung sei. Prächtige Menschen, unsere Prinzipale im Buchdruckgewerbe, wenn sie zu ihrem Wort stehen. Auf den Lohn kommt es nicht an, mit der Ablehnung des Tarifs sei nicht gesagt, daß sie nicht auskömmliche Löhne zahlen würden. Aber wir sind gebrannte Kinder und scheuen das Feuer, die Spuren der vergangenen Zeiten, da die Unternehmer in der Provinz noch ohne Reichstarif ruhig schlafen konnten, scheuen uns. Wir wissen, was das heißt, wenn ein Unternehmer erklärt, die Löhne regeln sich nach den örtlichen Verhältnissen. Das bedeutet nämlich so viel, daß unsere Kolleginnen in der Regel immer den niedrigsten Lohn am Ort erhalten werden und erklärt auch die von den Unternehmern so beklagte Tatsache, daß die Hilfsarbeiterinnen sofort von der Maschine weglauten, wenn in den Saisongewerben Arbeit zu bekommen ist. Dem Arbeiter fällt es gewöhnlich da am besten, wo er bei gleicher Arbeitsleistung am meisten verdient. Oder sollen das die Buchdruckereibesitzer noch nicht wissen. Sie können es, wenn sie Luft haben, ausprobieren.

Richtig ist schon, was die Unternehmer sagen, einen Tarif solle man niemandem aufzwingen, er müsse frei vereinbart werden. Gewiß hat eine freie, von beiden Seiten gewollte Vereinbarung einen höheren Wert als ein aufgezwungener Vertrag. Da aber der DBV nur einige unhaltbare Bestimmungen aus dem Tarif befeitigen wollte, glaubten wir ihm durch das eingeleitete Schlichtungsverfahren dazu Gelegenheit geben zu müssen. Was aber bis jetzt vorgebracht wurde, kann von unseren Vertretern und von keiner unparteilichen Stelle als stichhaltiger Grund gegen einen Reichstarif angesehen werden. Allen Ansätzen nach trennt uns von den Unternehmern nicht gar so viel. Einen Tarif wollen sie ja auch haben, der aber nur große Druckstädte und Betriebe umfassen soll. Dem steht allerdings unsere Verbandslitung aus schon hunderten mal angeführten Gründen entgegen. Kommt nun bei den Verhandlungen eine Verständigung nicht zustande, wird eben das Schlichtungsverfahren seinen Lauf

nehmen müssen. Wir haben keine Ursache, auf die kleinen Provinzunternehmer, die aus der Not des Hilfspersonal ein besonderes Geschäft machen wollen, große Rücksicht zu nehmen.

Die zwischen den Parteien geführten Verhandlungen am 29. Januar, die wieder unter dem Vorhitz des vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichters Herrn Prof. Dr. Brahn stattfanden, haben keinen befriedigenden Abschluss gehabt. Verständigungsversuche, die sich bis zum folgenden Tage hinzogen, waren ebenfalls ohne Erfolg. Die Verhandlungslitung wird daher auf Eröffnung des Schiedsverfahrens bestehen müssen, wenn die Unternehmer nicht noch vorher auf die gestellten Anträge eingehen.

### Die deutsche Wirtschaftskrise.

Bis Mitte vergangenen Jahres bestand in Deutschland eine wirtschaftliche Konjunktur, das heißt, es gab in Deutschland keine namhafte Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit, und die deutschen Produkte konnten sowohl im Inland wie im Ausland abgesetzt werden. Der Grund dafür, warum in Deutschland eine Konjunktur bestand, während in den übrigen Staaten die ärgste Wirtschaftskrise tobte, ist offenkundig. Es hat seine Waren zu Schleuderpreisen an das Ausland verkauft. Im Inland aber zehrte man von der Substanz. Große Bevölkerungsschichten wurden entleert, die Arbeiter und Angestellten aber mußten für ganz geringe Löhne ihre Arbeitskraft hergeben. Das war der Preis für die Konjunktur. Die rechtliche Möglichkeit dazu gab die Inflation, der unaufrichtige Händeltrieb des Staates, der zuunterst zu vollständiger Zerrüttung der Währung führte. Die Menge der in Deutschland hergestellten Produkte blieb aber trotz der Konjunktur tief unter dem im Frieden erzeugten Mengen. Das sogenannte Sozialprodukt war verhältnismäßig gering, weshalb auch die Lebenshaltung der Bevölkerung sich gegenüber dem Frieden sehr verschlechterte.

Die jetzt über Deutschland hereingebrochene Wirtschaftskrise ist aber sowohl als die Arbeitslosigkeit wie die Abfahrgewaltigkeiten anbelangt viel früher als irgendeine bisher erlebte; sie übertrifft in ihrem Ausmaß bei weitem die englische oder amerikanische Krise der Jahre 1920-21. Es bestehen spezielle Gründe, warum die deutsche Krise so außerordentlich heftig sein mußte.

Zunächst einmal ist sie eine Ruhrkrise. Seit der Ruhrbesetzung ist die Produktion in diesem Gebiet unterbunden. Dieses wirtschaftlich wertvollste Gebiet ist aber für die deutsche Volkswirtschaft unersetzlich. Es erbringt nicht nur die Bedeutung der Ruhrproduktion sowie die unbedingte Notwendigkeit des freien Verkehrs zwischen dem Ruhrgebiet und den anderen Teilen Deutschlands oder auch die Tatsache ausföhrlich zu behandeln, daß zu den Lebensbedingungen der Produktion im Ruhrgebiet ein regelmäßige funktionierendes Transportwesen gehört, ein außerordentlich entwickeltes Eisenbahnnetz. Dies sind heute Gemeinplätze. Auch ist es bekannt, daß die Ruhrproduktion und ganz besonders das Transportwesen im Ruhrgebiet auch heute noch trotz der Aufgabe des passiven Widerstandes nur ganz unvollkommen aufgesetzt ist, und wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit nicht aufstehen wird. Der französische Imperialismus hat und wird der Produktion voraussichtlich auch in Zukunft so viel Schwierigkeiten entgegenstellen, daß sie für lange Zeit verküppelt sein wird. Die französische Eisenbahnrage ist aber gar nicht in der Lage, für den hochentwickelten Warenverkehr des Ruhrgebietes zu genügen. Das schwerverindustriell hochentwickelte Frankreich hat in der Ruhr keinen Konkurrenten erwirgt. So tritt die Schuld an der Ruhrkrise in erster Linie den französischen Imperialismus an. Daß das deutsche Kapital die Vorbereitungen zur Ruhrbesetzung geschaffen hat, daß es zum passiven Widerstand anregte und ihn dann schließlich im Stich ließ, indem es kein Opfer für ihn zu bringen bereit war, das ist seine Schuld an der Ruhrkrise. Solange die Inflation das offene Auftreten der Wirtschaftskrise verhinderte, war sie trotz des Aufhörens der Produktion im Ruhrgebiet weniger bemerkbar. Jetzt erst, nach Einstellung der Rentenpresse, tritt sie voll in die Erscheinung.

Denn des weiteren ist die gegenwärtige Krise eine Stabilisierungskrise. Mit der Befestigung des Geldwertes mußte eine Angleichung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise erfolgen und damit die deutsche Produktion ihren Vorprung der billigen Preise am Weltmarkt einbüßen. Diese Stabilisierungskrise war von vornherein zu erwarten; sie blieb auch Deckerlich oder der Fiskalökonomik nicht erspart, als sich ihre Wurzeln besetzten. Es gibt aber noch besondere Gründe, warum sich die Stabilisierungskrise für Deutschland so verhängnisvoll gestaltet.

Daß die Stabilisierungskrise einmal hereinbrechen mußte, war von vornherein klar. Man hätte ihr doch auf verschiedene Weise vorbeugen können. Anlaß war hierzu um so mehr vorhanden, weil die übrigen Länder alles aufboten, um ihre Produkte zu verbilligen. Der Weg, den die ausländischen Kapitalisten wählten, der der Lohnabregelungen, war aber für Deutschland deshalb nicht geboten, weil die deutschen Löhne bereits während der Zeit der Konjunktur enorm niedrig waren und ohne Gefährdung der Volksgesundheit nicht noch weiter gesenkt werden konnten. (Daß sie heute immer noch weiter gesenkt werden, spricht nicht gegen diese Behauptung.) Der andere Weg wäre gewesen: Verbesserung der Produktion durch Investitionen und Einführung arbeitsparender Methoden. Dies aber wurde, je weiter die Inflation schritt, immer mehr vernachlässigt. Die Inflation warf den Kapitalisten mühelos so gewaltige Profite in den Schoß, daß sie keine Veranlassung zur Verbesserung der Produktion hatten und ihren Profit zum Desinfizieren — was ihnen doch sicherer erschien als der Ausbau ihrer unter Umständen durch Beschloßnahme gefährdeten Betriebe — und für Luxusbedarf verwendeten. Durch übertriebenen Luxus und Verschwendung haben die Ruhrkriser der Inflation Deutschland auch im Ausland schwer geschadet.

Die Sozialisierung der dafür reifen Zweige der Industrie, wie des Kohlen- und Kaliberbaues hätte die Krise dieser Industriezweige mildern können. In der jetzt unter der Krise leidenden Rautindustrie besteht heute ein heftiger Streit unter den großen Rautkonzernen; der führende Konzern möchte die Preise, um konkurrenzfähig zu bleiben, wesentlich senken — Deutschland genießt kein Weltmonopol für Raut — und um dieses Ziel zu erreichen, möchte er die weniger ertragsreichen und teurer arbeitenden Gruben schließen. Die schwächeren Konzerne protestieren dagegen und entziehen bei dieser Gelegenheit ihr soziales Herz. Sie haben Angst um die Beschäftigungslos werdenden Arbeiter. In der Tat wäre die Sperrung dieser Betriebe aus sozialen Gründen eine Gefahr. Hätten jedoch die Kapitalisten sich nicht der Sozialisierung der Rautindustrie entgegengesetzt, so hätte man die Zusammenlegung der Betriebe noch in Teilen der Konjunktur vornehmen können, wo die entlassenen Arbeiter anderswo Beschäftigung gefunden hätten und könnte heute infolge der produktiven Umgestaltung der Industrie die Rautprodukte billig verkaufen. Der sozialisierte Bergbau hätte ebenfalls billigere Kohlenpreise angesetzt und dadurch zur Überwindung der Krise beitragen können.

Das Schlimmste bei der Stabilisierungskrise ist aber, daß sie sämtliche Uebel der Stabilisierung bringt, nicht aber deren Vorteile. Denn diese Stabilisierung des Geldwertes ist keine echte. Nicht nur in dem Sinne, daß ihre Dauer zweifelhaft ist. Sie hängt davon ab, ob der Staat seine Ausgaben binnen kürzester Zeit aus eigenen Einnahmen ohne Notendruck decken kann. Der Rentenmarktdroit des Reiches war bereits zu Neujahr vor erschöpft, jetzt bedient es sich verschiedener Auswege — kurzfristige Schatzanweisungen, die bei Privatentwöhnung werden —, die aber nicht lange offen bleiben werden. Der letzte Ausweis des Reichshaushaltes mit seinem Ueberfluß an Einnahmen läßt nach Feststellung der Regierung selbst aus verschiedenen Gründen keine Schlüsse auf die Zukunft zu. Es sind bereits zwei Postleerverordnungen erschienen, auch die dritte ist in Vorbereitung. Die bisher beschlossenen Steuern, welche die bestehende Ungleichheit zwischen der Besteuerung des Reiches und der Arbeit, welche die meisten Lasten zu tragen hat, nicht aufheben, sichern keineswegs die Ausgestaltung des Staatsdefizits. Es fragt sich überhaupt, ob selbst drastische Steuern binnen kurzem den nötigen Ertrag sichern könnten; eine ausländische Anleihe für die Uebergangzeit dürfte vor Regelung der Reparationsfrage nicht zu erhalten sein. Man kann aber auch deshalb nicht von einer echten Stabilisierung reden, weil das deutsche Geld im Ausland immer noch unverkäuflich ist. Wenn man auf den Setzungen von einer Befestigung der Rentenmark auf den ausländischen Börsen lieft, so muß man dies mit viel Vorbehalt aufnehmen. Denn die Umfänge an deutschem Geld sind, soweit es im Ausland überhaupt gesucht wird, verschwindend gering. Eine regelrechte Nachfrage nach deutschem Papiergeld, sei es Rentenmark oder Reichspapiergeld, ist nicht vorhanden. Somit kann Deutschland sich die für seine Einfuhr notwendigen Devisen durch Umtausch seines Geldes, das heißt durch ausländische Kredite, nicht verschaffen. Für die Bezahlung der Einfuhren stehen nur die spärlichen Exporte und die aus ihrem Verdeck hervorgerollenen Hamsterdevisen zur Verfügung. Eine äußerst dünne Valutendecke. Daß aber nicht eine echte, sondern nur die gegenwärtige Stabilisierung zustande kommen konnte, ist die Sünde derjenigen Klasse, die die Ausgliederung des Budgets in den vergangenen Jahren, als dies noch möglich gewesen wäre, als das Tempo der Inflation noch nicht so rasch war wie im letzten Jahr, verzerrt hat. Dies sind diejenigen Kapitalisten, welche die Sozialisierung hinterließen, die Verbilligung der Produktion durch geeignete Methoden hinterließen und die Ruhrbesetzung heraufbeschworen be-





heit verriachen, wo wir die Kollegen jedenfalls, wenn sie vor sich haben und wie sie ihn heimtsuchen müssen.

Das Ende der Zentralarbeitsgemeinschaft ist beschlossene Sache. Der Bundesauschuss hat auf seiner letzten Tagung im Januar den Vorstand des DGB beauftragt, sein Verhältnis in der Zentralarbeitsgemeinschaft zu lösen. In der Entscheidung des Bundesauschusses heißt es: „Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich organisatorisch und sachlich unauflösbar gezeigt, die ihr auflaufenden Aufgaben zu erfüllen. Insbesondere hat sie nicht verhindern können, daß die weite Kritik der Unternehmer wirtschaftlich und sozial eine Haltung einnehmen die unvereinbar mit dem Geist und den Vereinbarungen der Arbeitsgemeinschaft ist.“ Der Zentralarbeitsgemeinschaft ist von radikalen Kreisen in der Arbeiterklasse oft eine Bedeutung beigegeben worden, die sie nie besessen hat. Ihre Aufgabe sollte es ursprünglich sein, eine gemeinsame Lösung aller der Industrie und des Gewerbes verdrängten wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten zu bewerkstelligen, sie ist dieser Hauptaufgabe aber nie gerecht geworden. Nicht einmal die eigentlich geplante Organisation konnte durchgeführt werden. Sie stellte lediglich das paritätische Verwaltungsgremium für das Demobilisationsamt und später die Vertreter für den Verläufigen Reichswirtschaftsrat. Der Bundesrat des DGB war schon seit dem Kaiserlichen Gewerkschaftsforschungsbüro, die Arbeitsgemeinschaft durch ein anderes Abkommen abzulösen, um des Vorstandsrechts für Mitglieder öffentlicher Körperschaften auf andere Organe überzutragen. Hierbei war an die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedacht, die unabhängig voneinander ihre Vorschläge machen sollten. Der Bundesauschuss hat von diesen Bemühungen aufkommend Kenntnis genommen, und ist damit einverstanden, daß sie fortgesetzt werden. Neben der Zentralarbeitsgemeinschaft bestand aber und besteht noch das Abkommen zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeiter und Unternehmer, des am 15. November 1918 abgeschlossen wurde. Diese Vereinbarung enthält die Anerkennung der Gewerkschaften, die Koalitionsfreiheit, Ablehnung der reinen Organisationsform, das Recht auf Arbeit für alle Kriegsteilnehmer, gemeinsame Regelung des Arbeitsnachweises, Anerkennung der Tarifverträge, Arbeiterauschüsse und Schlichtungsorgane und den Achtungsentwurf für alle Betriebe. Eine Kündigung ist bisher von keiner Seite erfolgt. Die „Gewerkschaftszeitung“ schreibt dazu: „Die Auffassung mancher Arbeitgebervertreter, daß das Novemberabkommen mit dem Ende der ZAV. erloschen sei, ist durch nichts begründet. So lange keine Kündigung vorliegt, ist die dreimonatige Frist abzulaufen. Sie besteht das Abkommen unangetastet fort. Zu gemeinsamer Abwehr gegen alle Versuche, die Gewerkschaftsfront zu durchbrechen, müssen die an dem Novemberabkommen beteiligten Gewerkschaftsrichtungen zusammenwirken und sich eine gemeinsame aktionsfähige Vertretung leisten, auf die dann alle Vorschlagsrechte der früheren ZAV. unschwer übertragen werden können. Das sollte bald geschehen.“

Über die kommunistische Zerstückelungsarbeit in den Gewerkschaften kam es im Bundesauschuss nach einem einleitenden Referat des Genossen Schulze zu einer Aussprache. Seit dem Verbot der kommunistischen Partei bringen ihre Anhänger in den Gewerkschaftsvermlungen ihren Vandalenschwall an den Mann. Die Kommunisten bilden jetzt in den Gewerkschaften noch besondere Gewerkschaftsorganisationen, die zielbewusst auf eine Spaltung hinarbeiten. Durch wilde Betriebsratskonferenzen, Arbeitslosentkonferenzen und durch eine im November vergangenen Jahres abgehaltene „Reichskonferenz der Ortsauschüsse“ versuchen sie, die Gewerkschaften für ihre Parteizwecke dienstbar zu machen. Auf diese „Reichskonferenz“ wird noch besonders eingegangen werden müssen. In der vom Bundesauschuss gegen die kommunistischen Treibererleiten angenommenen Entschliessung heißt es:

„Unter dem Deckmantel, die Gewerkschaften retten und zur Durchführung des revolutionären Kampfes befähigen zu wollen, hat die kommunistische Partei innerhalb der Gewerkschaften eine besondere Organisation mit eigener Verwaltung und eigener Beitragsleistung aufgezogen. Durch Einberufung einer eigenen Reichskonferenz der Ortsauschüsse des DGB. und Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes der Opposition hat diese Sonderorganisation die bisher zur Schau getragene Maske der schwebungsgemäßen Mitarbeit für die Interessen der Gewerkschaften fallen lassen. Damit wird der schlagende Beweis erbracht, daß die Opposition selbst vor der Spaltung der Gewerkschaften nicht zurückbleibt, nur um ihre Parteiziele zu erreichen.“

Diese Vorgänge zwingen die Gewerkschaften zur Aufrechterhaltung einer wirklichen Abwehr. In den Gewerkschaften ist jeder willkommen, der unter Beachtung der Kongress- und Verbandstagsbeschlüsse, der Richtlinien und Satzungen des DGB gewillt ist, für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft einzutreten. Wer aber diesen Willen nicht hat, sich gar in den Dienst der oben gekennzeichneten Sonderorganisation stellt oder deren Bestrebungen wissenschaftlich Vorhuch leistet, stellt sich selbst außerhalb seiner Gewerkschaft. Die Gewerkschaftsbewegung von derartigen Schädlingen zu befreien, erfordert das Interesse der Selbsthaltung und uneingeschränkten Kampfsraft der Gewerkschaften.“

Man sollte meinen, daß man keinen Arbeiter besonders noch auf die Notwendigkeit von Einigkeit und Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung hinweisen muß, die die wertvollste Waffe der Arbeiterschaft darstellt. Diese Waffe wird aber stumpf gemacht und den Geignern preisgegeben, wenn die Organisationen durch schlechende Verteilung ausgetrieben werden, denn darin besteht die ganze gewerkschaftliche Taktik der Kommunisten. Dagegen muß sich jedes Gewerkschaftsmittelglied wehren. Der Bundesauschuss spricht in seiner Entscheidung zum Schluß die Erwartung aus, daß alle Mitglieder „mit Entschiedenheit von den gekennzeichneten Zerstückelern der Bewegung abirren, daß sie die notwendigen Maßnahmen zur Befreiung der Organisation von diesen Elementen tatkräftig unterstützen. Nur im einigen Willen liegt die Würdigung, das Ziel der freien Mitbestimmung in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen und erreichen zu können.“

Der Kampf der Metallarbeiter gegen die schwerindustriellen Schwarzwähler verlangt größte Opfer von Seiten dieser weitverbreiteten Arbeiterschaft. Rund 80 000 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sitzen im Streik, 350 000 vollverwerbsfähige und 300 000 kurzarbeitende Ver-

bandsangehörige wurden in einem Monat geschäftlich und doch steht die Front der Metallarbeiter fest und unerschütterlich, sie denken gar nicht daran, den Kampf mutlos aufzugeben. Sie wissen, auf was es in diesem gigantischen Ringen ankommt, scharf darum ihre Waffen und halten ihren Verband widerstandslos. Zur Stärkung der Verbandsfinanzen gabst jeder über 18 Jahre alter männliche Arbeiter ab 3. Februar einen Verbandsbeitrag von 70 Pf. wöchentlich. Für die Arbeiterinnen und die jüngeren Arbeiter hat der Verbandsvorstand einen geringeren Beitrag festgesetzt. Die Metallindustriellen werden lange warten können, bis sie den Metallarbeiterverband niedrigerungen haben.

Die Bildungseinrichtungen in den Gewerkschaften mußten während der Inflation zum Teil aufgegeben werden. Die dazu notwendigen Mittel waren erschöpft, und die sich jagenden Lohnbewegungen nahmen alle Kräfte in Anspruch, während die Mitglieder ganz im Banne der schwindenden Kaufkraft ihrer Papiermarktsöhne standen. Gegenwärtig haben wir eine schwere Wirtschaftskrise und sehr große Arbeitslosigkeit, also wiederum Verhältnisse, welche den Bildungsbefähigungen nicht förderlich sind. Aber seit Einführung der Rentenmark bessern sich trotzdem die Finanzen der Gewerkschaften, und von den Mitgliedern ist der Druck der fast kühnlichen Papiergeldentwertung genommen. Nun heißt es wieder, mit aller Macht an den Ausbau der Bildungseinrichtungen zu gehen. Denn die heutige Zeit stellt an das Wissen der Gewerkschaftsmitglieder sehr große Anforderungen, wenn wir die uns entgegenstehenden Kräfte niedrigerungen und den Aufstieg der Arbeiterklasse sicherstellen wollen.

Zu den Bildungseinrichtungen der Arbeitnehmer, welche sich durch alle Fährnisse der Zeit mühevoll erhalten haben, gehört auch die Betriebsratschule der freigeberkschaftlichen Betriebsrätezentrale von der Wirtschaftsbereich Groß-Berlin, welche von der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung und dem Ortsrat des IFA-Bundes gemeinsam unterhalten wird. Von derselben steigt jetzt wieder das Unterrichtsverhältnis für den Unterrichtsabschnitt Februar/April 1924 vor. Es sind 30 Kurse vorgeesehen, welche sich auf Einführungskursen, Betriebsrat, Betriebslehre und Volkswirtschaft erstrecken. Für Hörer mit Vorkenntnissen bestehen zwei Seminare, je eines über Betriebsrat und Volkswirtschaftslehre. Es ist zu hoffen, daß die Groß-Berliner Gewerkschaftsmitglieder von diesen Einrichtungen im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung regen Gebrauch machen.

Aber auch die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsmitglieder im ganzen Reich, müssen jetzt wieder ihre ganze Energie der Ausgestaltung und Inanspruchnahme der Bildungseinrichtungen zuwenden.

#### Wissen ist Macht!

Die Einlagbarkeit der Gewerkschaftsbeiträge hat bisher die Rechtsprechung abgelehnt, weil nach § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung jedem Mitglied der Rücktritt freisteht. Jetzt hat das Landgericht II in Berlin diesen Paragraphen als in Widerspruch mit der Reichsverfassung und daher rechtswidrig erklärt. Der Paragraph sollte damals die persönliche Freiheit schützen. Die heutige Zeit aber verlange den Schutz der organisierten Massen. Wenn auch die Einlagbarkeit praktisch für uns nicht von großer Bedeutung ist, so ist es doch interessant festzustellen, wie ein ununterbrochener, zäher proletarischer Kampf die Hirne unzufolge und selbst geistige Gebilde zu erobern vermag. Über während man da drüben jetzt so allmählich Verständnis für den sittlichen Gehalten des proletarischen Zusammenchlusses bekommt, zerfällt man sich im Proletariat bis aufs Blut.

Lohn und Wohnung. Mit den kommenden Soldmieten wird sich die Baukäuflichkeit wieder heben. Weiten Scharen des Proletariats wird damit aber dennoch kein Heim gebracht, da es sich eine Wohnung, ein Heim bei den erbärmlichen Löhnen nicht leisten kann. Nach einer Feststellung von Prof. Bernide waren schon vor dem Kriege 6,5 Proz. der Bevölkerung Schlafstellenlos, das heißt 6,5 Proz. der Bevölkerung waren ohne Heim, ohne eine Stätte der Feier und Ruhe, ohne halt. 6,5 Proz. hatten wohl ein Recht auf ein paar Stunden Schlaf im stilligen Raume, mit anderen zusammengepfercht. Ein Recht zum Wohnen, ein Recht auf Behaglichkeit, ein Recht auf Frieden, ein Recht auf die erziehlische Kultur der Wohnung hatten sie nicht. Die Erziehung besorgte die Kneipe, die Straße. So hat es die göttliche Weltordnung gewollt. So wollten es aber leider viele Proletarier auch selber, weil sie blind waren für ihren eigenen Schutz, weil sie nicht die Erkenntnis und Kraft besaßen zum Eintritt in den gewerkschaftlichen Kampf. Die Goldmieten kommen und trotz aller Baukäuflichkeit wird ungeachtet wieder das Heim fehlen, weil ihnen der ausreichende Lohn fehlt. Diese Zeit der Krise geht vorüber, und drüben rüft man schon jetzt zum Kampfe. In Paris hat man jetzt als „Damm gegen die Wellenschläge der Arbeiterbewegung“ einen Internationalen Verband der Hausbesitzer gegründet. Aber im Proletariat wollen dennoch viele ihre Kampforganisation preisgeben, deren Lohnkämpfe bei Geschlossenheit in den kommenden Zeiten oder Hausbesitzer zum Trotz dennoch ein Heim zu ermöglichen imstande sind.

Kapitalismus und Ethik. Als nach Schluß des Krieges Millionen Heerenteilnehmer und Munitionsarbeiter auf den Arbeitsmarkt frönten und sich die Betriebe nur allmählich auf die Friedensarbeit einzustellen in der Lage waren, da gab es eine Arbeitslosigkeit, wie sie Deutschland vorher nicht gesehen hat. Und doch ist der Arbeitslosenstand zufolge jenseits Höhe von der Zahl der Erwerbsfähigen heute bereit überschritten worden! Welche Unsumme des Geldes und welcher ein Lebermaß von Unkultur, von Diebstahl, Raub, Prostitution aus dieser kurzen Feststellung spricht! Welch eine Verderbnis der Jugend daraus folgt! Und wenn es einmal wieder besser wird: neue Krisen bringen diesbezüglichen Kapitalismus. Und vor neuen Krisen ist die Welt in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nie sicher. Sie hängen aufs innigste mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zusammen. Und so sind auch stets all diese Folgen der Unkultur unausweichlich. Aber dennoch gibt es Menschen, die innerhalb dieser bestehenden Ordnung durch Predigen, Erziehen und schöne Worte stützliche Kultur schaffen zu können glauben. Die stützliche Kultur wird nur durch Kampf gegen des Reibens Wurzel. Und darum ist jeder gewerkschaftliche Kämpfer zugleich der Träger einer hohen stützlichen Idee.

Ein Kommentar zur Verordnung über das Schlichtungswesen wird, wie wir erfahren, etwa Mitte Februar erscheinen, dessen Bearbeitung der in Partei- und Gewerkschaftskreisen durch seinen Kommentar zum Betriebsrätegesetz gut bekannte Dr. G. Flator, Ministerialrat im preussischen Handelsministerium, zusammen mit R. Joachim, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, übernommen haben. Der Kommentar wird außer der Verordnung sämtliche bisher veröffentlichte Ausführungsbestimmungen und die Bestimmungen über Entlassung der Schlichtungsausrichter und als Anhang ein Verzeichnis der Schlichtungsausrichter und Schlichterbezirke enthalten. Die beiden Verfasser, die an der Entstehung der Verordnung tätigen Anteil genommen haben, bürgen für eine gute brauchbare Arbeit, die, da ein Kommentar zu dieser Verordnung von allen den Kreisen dringend erwartet wird, die mit arbeitsrechtlichen Fragen zu tun haben, unbedingt benötigt wird. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat deshalb den Vertrieb des Buches in Partei- und Gewerkschaftskreisen übernommen. Der etwa 200 Seiten starke Kommentar wird etwa 3 M. kosten.

Ebenfalls in den nächsten Tagen erscheint im gleichen Verlage als Antwort auf den gedruckten Bericht über die sogenannte Konferenz der Ortsauschüsse in Weimar, der von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale verbreitet wird, eine Broschüre: „Die Rettung vor dem Untergang“. Eine Antwort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Ernst Schulze.

Diese Schrift stellt die zahlreichsten Lügen und Entstellungen der kommunistischen Seite gegen die Gewerkschaften klar und sollte deshalb in die weitesten Kreise der Arbeiterschaft getragen werden.

Der Vertrieb der Broschüre erfolgt durch alle Buchhandlungen, die Organisationen und die Ortsauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Mehr Ausbildung — weniger Einbildung. Unter dieser Überschrift lesen wir im „Fleischer“ einige sehr treffende Worte:

„Es gibt nicht wenige Arbeiter, und auch ein gut Teil unserer Mitglieder gehört zu denen, die glauben, wenn sie ihr Mitgliedsbuch in der Tasche haben, sich schon allerlei Kritik an den „anderen“, die die eigentlichen Gewerkschaftsarbeiten verrichten, erlauben zu können. Dem einen Teil ist der erreichbare Lohn viel zu wenig, weit mehr hätte „herausgeholt“ werden müssen, aber da sei die Lohnkommission „zu schuppig gewesen“. Einem anderen Teil genügt es in der Verammlung nicht, „weil immer dieselben Diskussionsredner auftreten“ und nicht alles andere nach ihrem Willen geht, oder der Referent nicht so gefprochen hat, wie sie es erwartet haben und was sonst alles anzusehen ist. Viele können dem Referent das Leben nicht schwer genug machen; „ich bezahle meine Beiträge, wenn ich will“ und wehe, wenn etwa der Referent aufmuckt, weil er Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit liebt. . . Der Tarifvertrag müsste noch weit bessere Positionen enthalten, u. v. a. m. Und erst der Betriebsrat, der müsste ganz anders auftreten, da würde sich der Arbeitgeber nicht soviel gegen die Beschäftigten erlauben. — Diesen „Allesbesserwissern“ fehlt es nicht an Einbildung, um so mehr aber an gewerkschaftlicher Ausbildung. Prüft man sie, so erfährt man bald, daß sie nicht einmal das Verbandsstatut kennen bzw. gelesen haben, viellecht kaum ihr Fachblatt, geschweige denn andere gewerkschaftliche Lektüre lesen. Nichts verstehen sie besser, als das Schimpfen gegen andere. Selbst ein Amt zu übernehmen und zeigen, wie es besser gemacht werden muß, dazu fehlt es zumieil an allem. Mit nichtsagenden Redensarten und Schimulorien kommen wir aber nicht weiter. Selbst Hand ans Werk zu legen, mitzuarbeiten und sich zugleich auszubilden, ist Pflicht jedes einzelnen. Je mehr ausgebildete Kräfte in der Organisation sind, desto besser wird alles vorwärtsgehen. Die Zahl der Unzufriedenen und Einbildungenen wird weniger, die der Ausgebildeten und tatkräftig Mitarbeitenden mehr. Also vorwärts, alles besser wissen — ist nicht alles besser machen.“

## Abrechnungen.

Vom 28. Januar bis 2. Februar gingen folgende Zahlungen ein:

- Gau 1: Köln 50 M., Dortmund 30 M.
- Gau 2: Darmstadt 120 M.
- Gau 4: Dordingen 16,60 M.
- Gau 5: Dresden 150 M., Grimmitzschau 90,10 M., Chemnitz 75,50 M., Grimma 15,54 M.
- Gau 7: Joffen 14 M.
- Gau Schleien: Olgau 30 M., Grünberg 12 M., Mlegny 20 M.
- Gau 8: Mchtersleben 25 M.
- Gau 9: Hannover 400 M.
- Gau 10: Hamburg 450 M., Lübeck 18 M.

Berlin, den 2. Februar 1924. J. Sadaß.

## Briefkasten.

Da ich Briefkasten habe, die seitdem ebenfalls auch in gewissen Bereichen von den Postämtern nicht mehr angenommen sind, ist also kein Briefchen vor die Tür, was auch alles bereits erledigt ist. Aus vollstänlichen Gründen war eine andere Veranlassung nicht möglich. Von R. G. ab gehen alle Briefungen an die neue Adresse. — In Karlsruhe. Hier ist bisher keine Bestellung eingegangen. Das Gewinliche muß dort bereits eingetroffen sein. Baldmöglichst ist fest zu stellen, da sonst die Zustellung eingestellt werden muß.

**Rachau.**  
Am 21. Januar verstarb nach kurzem Krankenlager unsere liebe Kollegin, die Anleiterin  
**Minna Nast**  
(Deutsche Verlagsgesellschaft).  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
**Die Jahressche Eutgart.**

Verantwortlich für Redaktion: R. Schü. a. Charlottenburg, Weidenerstraße 16. Fernruf: Nr. 6800. Verlag: D. Lehmann, Charlottenburg. Verlag: Ausgabe Nr. 100. Berlin: M. Wittenberg, Berlin. Preis: Deutsches Buchverlag und Verlagshaus, Paul Singer u. Co., Berlin S.F. 68.